

Inland

Bundesrat bekennt sich zu Taten für Menschenrechte

Nun hat der Bundesrat dem Parlament den Bericht doch vorgelegt, den er zwischendurch gar nicht mehr verfassen wollte: Er verschafft der Politik von Calmy-Rey Rückendeckung.

Von Bruno Vanoni, Bern

Auf den ersten Blick erscheint die Vorgeschichte fast spannender als der nun vorliegende Bericht: Der Nationalrat hatte ihn nämlich vor bald sechs Jahren bestellt, weil ihm der bundesrätliche Einsatz für Menschenrechte zu zaghaft war - aus Rücksicht auf starke Staaten und wirtschaftliche Interessen. Deshalb sollte der Bundesrat fortan alle vier Jahre Rechenschaft über Wirksamkeit und Kohärenz seiner Menschenrechtspolitik ablegen.

Problemländer China, USA, Iran

Der Bundesrat versprach seinen Bericht zunächst für die zweite Jahreshälfte 2004. Darin werde er aufzeigen, wie er die Menschenrechte etwa in seiner Aussenwirtschafts- und Migrationspolitik berücksichtige. Zudem werde er «offen legen, wo Interessenkonflikte zwischen menschenrechtlichen und anderen Werten bestehen». Doch aus diesem Versprechen ist nichts geworden, seit Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz im Bundesrat sitzen.

Zum einen beschied der Bundesrat dem Parlament vor anderthalb Jahren, es brauche gar keinen solchen Bericht. Zum andern liess Aussenministerin Micheline Calmy-Rey einen fertigen Berichtsentwurf einstampfen, weil er ihr zu umfangreich vorkam - und aus Angst, damit im Bundesrat aufzulaufen. Der Nationalrat beharrte jedoch auf seinem Auftrag, und der Bundesrat hat ihn nun endlich erfüllt. Von der einst versprochenen Offenlegung von Interessenkonflikten ist darin allerdings nicht viel zu lesen. Berichtet wird bloss kurz von verwaltungsinternen Mechanismen, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Departementen und Amtsstellen schlichten sollen. Schwergewichtig legt der 44-seitige Bericht das Engagement des Aussendepartementes (EDA) für alle Arten von Menschenrechten dar, auch für die Rechte auf Nahrung, Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung. EDA-Chefin Calmy-Rey kann ihn also als Rückendeckung für ihre Politik verbuchen.

So bekräftigt der Bundesrat beispielsweise den prioritären Einsatz gegen die Todesstrafe. Er nennt die schlimmsten Hinrichtungsnationen beim Namen: China, USA, der Iran und Vietnam. Er beklagt auch, dass in siebzig Staaten weiterhin gefoltert wird. Er verspricht Interventionen in «Staaten, welche die Terrorismusbekämpfung den Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht überordnen». Mit den USA werde ein kritischer Dialog über die Häftlinge in Guantánamo weitergepflegt. Und schliesslich bekennt sich der Bundesrat auch zu den Menschenrechtsdialogen, die mit China, dem Iran, Vietnam und lokal auch mit Indonesien geführt werden.

Vorbildlich nur im Ausland?

Für die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi zeigt der von ihr mitangeregte Bericht eine Schweiz, die sich «weltweit vorbildlich für die Menschenrechte der Flüchtlinge oder der Minderheiten einsetzt». Doch innenpolitisch seien diese Rechte im neuen Asylgesetz nicht mehr garantiert und für die Minderheit der Fahrenden umstritten. Deshalb brauche es eine unabhängige beratende Institution, welche die Menschenrechte im eigenen Land stützt (TA vom 7. Juni). Bei der bevorstehenden Einsetzung des Uno-Menschenrechtsrats in Genf hätte der Bundesrat «eine passende Gelegenheit», ein solches Menschenrechtsinstitut anzukünden.